

## Tagungsbericht

### **„Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren und Erkrankungen - was kann Public Health-Forschung dazu beitragen?“**

Jedes Jahr veranstaltet der Nordrhein-Westfälische Forschungsverbund Public Health einen Verbundtag, auf dem nicht nur eigene Forschungsergebnisse präsentiert werden, sondern auch die Gelegenheit gesucht wird, einen Diskurs zwischen Wissenschaft und Praxis zu organisieren. Nach „kommunaler Gesundheitspolitik“ (1996) und „Qualitätsdiskussion“ (1997) war für 1998 das Thema „Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren und Erkrankungen“ gewählt worden, das in zwei Programmblöcken behandelt wurde.

Im ersten Teil sollte der Stand der Public Health-Forschung vorgestellt werden. Rolf Rosenbrock (Soziologe am Wissenschaftszentrum Berlin) erläuterte im einleitenden Referat vor allem, dass seit 1996 mit dem Arbeitsschutzgesetz und dem neuen Unfallversicherungsrecht (SGB VII) eigentlich recht gute politische Rahmenbedingungen für die betriebliche Gesundheitsförderung gegeben sind, die von den Beteiligten (vor allem den Berufsgenossenschaften) aber noch auszufüllen seien. Er problematisierte vor allem die noch vorherrschende enge verhaltensbezogene Zugangsweise zum Thema. Johannes Siegrist (Medizinsoziologe an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) erläuterte auf der Grundlage von groß angelegten Studien in England und Schweden (mit mehreren 1000 Probanden) die Reichweite des Gratifikationskonzepts, das seiner Meinung nach einen empirisch fundierten Zugang zu betrieblicher Gesundheitsförderung ermöglicht. Winfried Hacker (Arbeitspsychologe an der TU Dresden) stellte sein Konzept zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz vor, das auf der hand-

lungspsychologischen Grundlage der „vollständigen Tätigkeit“ beruht. Holger Pfaff (Medizinsoziologe am Institut für Arbeits- und Sozialmedizin an der Universität zu Köln) berichtete über betriebliche Erfahrungen mit Gesundheitsförderung, wobei sein Schwerpunkt auf den strategischen Ansatzpunkten lag, die für eine betriebliche Umsetzung wichtig sind. Hier war sein Ansatzpunkt „Betriebliche Gesundheitsförderung durch Organisationslernen“. Als Abschluss dieses Blocks stellte Bernhard Badura (Soziologe an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld) das Bielefelder Modell der betrieblichen Gesundheitsförderung vor.

Im zweiten Teil der Veranstaltung sollten Erwartungen und Anregungen an die Public Health-Forschung gegeben werden. Den Anfang machte hier Wilfried Coenen (stellv. Geschäftsführer des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften), der den Teilnehmern den Zugang der gewerblichen Berufsgenossenschaften zum Thema Gesundheitsförderung erläuterte. Elisabeth Borsch-Galetke (Arbeitsmedizinerin an der Medizinischen Einrichtungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) forderte von der Public Health-Forschung vor allem eine Ausweitung der Anwendung arbeitsphysiologischer Methoden, gegenüber den vorherrschenden soziologischen und psychologischen. Eleftheria Lehmann (Präsidentin der Landesanstalt für Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen) stellte kurz das neue Konzept der nordrhein-westfälischen Arbeitsschutzverwaltung vor, in dem nicht mehr die Einzelfallkontrolle im Vordergrund stehe, sondern die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die betriebliche Praxis. Sie forderte die Public Health-Forschung auf, in dieser Hinsicht anschlussfähig zu werden und Erkenntnisse, Instrumente sowie Konzepte zu

entwickeln, die für die betriebliche Praxis verwendbar sind.

Nathalia Henke (Europäisches Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung an der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin Dortmund) stellte die Arbeiten des Europäischen Netzwerkes dar. Alfons Schröer (Abteilung Gesundheit beim Bundesverband der Betriebskrankenkassen) machte in seinem Beitrag auf die Entwicklungsgeschichte der betrieblichen Gesundheitsförderung aufmerksam, die ausgehend vom Arbeitssicherheitsgesetz 1973 sich sehr mühevoll ihren Weg gebahnt habe. Hier verwies er vor allem auf die ideologisierte Auseinandersetzung um den Begriff „Arbeitsbedingte Erkrankungen“ in den 80er-Jahren. In der weiteren Ausfüllung dieser Begrifflichkeit sah er eine wichtige Funktion der Public Health-Forschung. Heinz Kowalski (Leiter des Instituts für betriebliche Gesundheitsförderung der AOK Rheinland) forderte einerseits die Weiterentwicklung von Kosten-Nutzen-Konzepten der Gesundheitsförderung, vor allem hinsichtlich des Nutzens für die Arbeitnehmer. Er verlangte die Entwicklung von Konzepten der Gesundheitsförderung bei Modellen neuer Arbeitsorganisation (KVP, KAIZEN).

Die Veranstaltung war sicher ein verdienstvoller Beitrag des Public Health-Forschungsverbundes Nordrhein-Westfalen. Sie hat allerdings von ihrer Anlage her allenfalls die Erkenntnis ermöglicht, dass auf den verschiedenen Seiten noch Entwicklungsbedarf besteht.

Kritisch ist zum Verbundtag anzumerken, dass Gelegenheiten zur Diskussion fehlten, und wenn diskutiert wurde, diese nahezu vollständig von den Referenten bestritten wurden. Auch die geplante Abschlussdiskussion kam aus Zeitgründen nicht zu Stande.

Entscheidender noch: Es fehlte an einer verbindenden Moderation der Veranstaltung, die die unterschiedlichen und häufig sehr engen Zugriffe der Wissenschaftsdisziplinen zum Thema „Arbeit und Gesundheit“ in einen Diskurs hätte führen können. So blieben die unterschiedlichen institutionellen Kontexte von Krankenversicherung (SGB V) und Arbeitsschutz (Arbeitsschutzgesetz und SGB VII) relativ unver-

bunden nebeneinander. Es war offenkundig für eine Reihe von Beteiligten nicht klar, dass in der Gesetzgebung nicht nur der Abbau der betrieblichen Gesundheitsförderung mit der Änderung des § 20 des SGB V erfolgte, sondern gleichzeitig mit Arbeitsschutzgesetz und SGB VII - wie von Rolf Rosenbrock zu Beginn hervorgehoben - auch wesentliche Impulse mit der Ausweitung der Prävention im Arbeitsschutz erfolgt sind. Die Public Health-Forschung hat im Hinblick auf den Gegenstandsbereich „Arbeitswelt“ noch erheblichen Entwicklungsbedarf.

*Andreas Renner (Düsseldorf)*